

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss)

Übersicht 1

**über die dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Streitsachen
vor dem Bundesverfassungsgericht**

Der Bundestag wolle beschließen,

von einer Äußerung und/oder einem Verfahrensbeitrag zu den in der anliegenden Übersicht aufgeführten Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.

Berlin, den 19. Februar 2014

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Renate Künast
Vorsitzende

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Art	Gegenstand
17/156	1 BvR 1145/13	Verfassungsbeschwerde	<p>des Herrn G...,</p> <p>1. unmittelbar gegen</p> <p>a) das Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe vom 7. März 2013 – 12 U 188/12,</p> <p>b) das Urteil des Landgerichts Karlsruhe vom 12. Oktober 2012 – 6 O 143/12,</p> <p>2. mittelbar gegen</p> <p>§ 32 des Gesetzes über den Versorgungsausgleich (VersAusglG) vom 3. April 2009 (BGBl I S. 700)</p> <p><i>betr.:</i> <i>Der Beschwerdeführer möchte erreichen, dass seine von einer Zusatzversorgungskasse gewährte Zusatzrente unter Aufhebung der Auswirkungen des Versorgungsausgleichs erhöht wird, nachdem seine frühere Ehefrau nach nur kurzem Rentenbezug (weniger als 36 Monate) verstorben ist. Dem steht indes § 32 Versorgungsausgleichsgesetz entgegen, der eine Beschränkung der anpassungsfähigen Anrechte auf sogenannte Regelsicherungssysteme vorsieht, sodass eine Anpassung nach § 37 Absatz 1 Versorgungsausgleichsgesetz bei Anrechten aus einer Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes nicht stattfindet. Der Beschwerdeführer sieht sich dadurch in seinen Grundrechten aus Artikel 3 Absatz 1, Artikel 6 Absatz 1 und Artikel 14 Absatz 1 Grundgesetz verletzt.</i></p>
17/157	1 BvL 9/12	Aussetzungs- und Vorlagebeschluss	<p>Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung, ob § 32 VersAusglG verfassungswidrig ist.</p> <p>- Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts vom 30. April 2012 (12 UF 29/12) -</p>
17/159	1 BvL 12/12	Aussetzungs- und Vorlagebeschluss	<p>Verfassungsrechtliche Prüfung,</p> <p>ob § 19 Abs. 1 Satz 1 und 3, Abs. 3 Satz 1, § 20 Abs. 1 und 2 Satz 1, Abs. 5 SGB II in der Fassung von Art. 2 des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24. März 2011 (BGBl I S. 453) in Verbindung mit § 28a SGB XII in der Fassung von Art. 3 des Gesetzes vom 24. März 2011 (BGBl I S. 453) und § 8 Abs. 1 Nr. 1 RBEG (Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, verkündet als Art. 1 des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24. März 2011 (BGBl I S. 453) insoweit mit Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 des Grundgesetzes und dem sich daraus ergebenden Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums vereinbar sind, als die für die Höhe der Grundsicherungsleistungen maßgeblichen Regelbedarfe für Personen, die alleinstehend oder alleinerziehend sind oder deren Partnerin oder Partner minderjährig ist, für das Kalenderjahr 2011 auf einen Betrag von 364 € und für das Kalenderjahr 2012 durch die Verordnung zur Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach § 138 Nr. 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch für das Jahr 2012 (RBSFV 2012) vom 17. Oktober 2011 auf einen Betrag von 374 € festgelegt wurden.</p> <p>- Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Sozialgerichts Berlin vom 25. April 2012 (S 55 AS 29349/11) -</p>

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Art	Gegenstand
17/160	1 BvL 10/12	Aussetzungs- und Vorlagebeschluss	<p>Verfassungsrechtliche Prüfung, ob</p> <p>1. § 19 Abs. 1 Satz 1 und 3, Abs. 3 Satz 1, § 20 Abs. 1, 4 und 5 SGB II in der Fassung von Art. 2 des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24. März 2011 (BGBl I S. 453) in Verbindung mit § 28a SGB XII in der Fassung von Art. 3 des Gesetzes vom 24. März 2011 (BGBl I S. 453) und § 8 Abs. 1 Nr. 2 RBEG (Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, verkündet als Art. 1 des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24. März 2011 <BGBl I S. 453>) insoweit mit Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz – Sozialstaatlichkeit – und dem sich daraus ergebenden Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums vereinbar sind, als die für die Höhe der Grundsicherungsleistungen maßgeblichen Regelbedarfe für als Ehegatten zusammenlebende erwachsene hilfebedürftige Leistungsberechtigte für das Kalenderjahr 2011 auf einen Betrag von 328 € und für das Kalenderjahr 2012 durch die Verordnung zur Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach § 138 Nr. 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch für das Jahr 2012 (RBSFV 2012) vom 17. Oktober 2011 auf einen Betrag von 337 € festgelegt wurden,</p> <p>2. § 19 Abs. 1 Satz 1 und 3, Abs. 3 Satz 1, § 20 Abs. 1 und 2 Satz 2 Nr. 1, Abs. 5, § 77 Abs. 4 Nr. 1 SGB II in Verbindung mit § 28a SGB XII und § 8 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 2 Nr. 1 RBEG sowie die RBSFV 2012 vom 17. Oktober 2011 (jeweils in der zu 1. genannten Fassung) insoweit mit Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz – Sozialstaatlichkeit – und dem sich daraus ergebenden Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums vereinbar sind, als die für die Höhe der Grundsicherungsleistungen maßgeblichen Regelbedarfe für hilfebedürftige Leistungsberechtigte ab Vollendung des 15. Lebensjahres bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres für die Kalenderjahre 2011 und 2012 durch die RBSFV 2012 vom 17. Oktober 2011 auf einen Betrag von 287 € festgelegt wurden.</p> <p>- Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Sozialgerichts Berlin vom 25. April 2012 (S 55 AS 9238/12) –</p>
17/161	1 BvR 1501/13 1 BvR 1682/13	Verfassungsbeschwerden	<p>I. 1. der Fakultät 1 für Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus</p> <p>2. der Fakultät 3 für Maschinenbau, Elektrotechnik und Wirtschaftsingenieurwesen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus</p> <p>gegen das Gesetz zur Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz vom 11. Februar 2013 (GVBl I Nr. 4)</p> <p style="text-align: center;">1 BvR 1501/13</p> <p>II. 1. des Herrn Prof. Dr. B...</p> <p>2. des Herrn Prof. Dr. R...</p> <p>3. des Herrn Prof. Dr. R...</p>

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Art	Gegenstand
			<p>gegen Art. 1 des Gesetzes zur Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz vom 11. Februar 2013 (GVBl I Nr. 4)</p> <p style="text-align: center;">1 BvR 1682/13</p> <p><i>betr.:</i> <i>Die Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1501/13 richtet sich gegen das Gesetz zur Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz vom 11. Februar 2013 (GVBl. I Nr. 4) des Landes Brandenburg. Dieses Gesetz bildet die Basis für die Zusammenführung der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus und der Hochschule Lausitz in Senftenberg zur am 1. Juli 2013 neugegründeten BTU Cottbus-Senftenberg. Bei den Beschwerdeführerinnen handelt es sich um zwei Fakultäten der bisherigen BTU Cottbus, die sich durch ihre Auflösung in ihren Grundrechten aus Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz verletzt sehen.</i> <i>Bei den Beschwerdeführern im Verfahren 1 BvR 1682/13 handelt es sich um drei Professoren an der bisherigen BTU Cottbus, die mit Wirkung zum 1. Juli 2013 zu Professoren an der BTU Cottbus-Senftenberg geworden sind. Sie rügen u.a. Bestimmungen zur Zusammensetzung des Gründungssenats der BTU Cottbus-Senftenberg und bemängeln ihre fehlende Einwirkungsmöglichkeit während einer Übergangszeit bis zur Wahl des Gründungssenats. Sie sehen sich durch die angegriffenen Regelungen im Gesetz zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz (= Artikel 1 des Gesetzes zur Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz vom 11. Februar 2013) in ihren Grundrechten aus Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz verletzt.</i></p>
17/162	1 BvR 1691/13	Verfassungsbeschwerde	<p>1. des Herrn F. A.</p> <p>2. der Frau Ö. A.</p> <p>3. des Minderjährigen A. A.</p> <p>gegen</p> <p>a) das Urteil des Bundessozialgerichts vom 28. März 2013 – B 4 AS 12/12 R –,</p> <p>b) das Urteil des Sozialgerichts Oldenburg vom 10. Januar 2012 – S 48 AS 1136/11 -,</p> <p>c) den Widerspruchsbescheid des Jobcenter Delmenhorst vom 24. Juni 2011 – 617.b-26104BG0017453-W 597/11 -,</p> <p>d) den Bescheid des Jobcenter Delmenhorst vom 12. Mai 2011 – 26104BG0017453 –</p> <p><i>betr.:</i> <i>In der Sache wollten die Verfassungsbeschwerdeführer – ein Ehepaar und ihr gemeinsames minderjähriges Kind – vor dem Sozialgericht höhere Leistungen nach dem SGB II einklagen, als ihnen bewilligt wurden. Ihre Klage wurde vom Sozialgericht Oldenburg mit Urteil vom 10. Januar 2012 – S 48 AS 1136/11 – abgewiesen. Die beim Bundessozialgericht eingelegte Sprungrevision blieb erfolglos. Die Verfassungsbeschwerde richtet sich letztinstanzlich gegen das entsprechende Urteil des Bundessozialgerichts vom 28. März 2013 – B 4 AS 12/12 R. Nach diesem Urteil ist die im Streit stehende Höhe der bewilligten Leistungen zur Sicherung</i></p>

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Art	Gegenstand
			<i>des Lebensunterhalts nach dem SGB II nicht zu beanstanden. Die Kläger hätten einfachgesetzlich keinen Anspruch auf höhere Leistungen. Die Höhe ihres Regelbedarfs sei auch nicht „verfassungswidrig zu niedrig bemessen“. Insbesondere habe der Gesetzgeber „den Umfang des konkreten gesetzlichen Anspruchs in einem transparenten und sachgerechten Verfahren ermittelt“. Die Verfassungsbeschwerdeführer hingegen sehen sich in ihren Grundrechten aus Artikel 1 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 Grundgesetz verletzt und rügen vor dem Bundesverfassungsgericht insbesondere, dass der Gesetzgeber nicht den verfassungsgerichtlichen Anforderungen genügt habe, „alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren zu bemessen“.</i>
17/163	2 BvL 4/13	Aussetzungs- und Vorlagebeschluss	Verfassungsrechtliche Prüfung, ob § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung des Artikel 9 Nr. 5 des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 vom 29. Dezember 2003 (BGBl I S. 3076) mit Artikel 20 Abs. 2, Artikel 38 Abs. 1 Satz 2, Artikel 42 Abs. 1 Satz 1 und Artikel 76 Abs. 1 des Grundgesetzes vereinbar ist. - Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Finanzgerichts Baden-Württemberg vom 26. April 2013 – 10 K 2983/11 –
17/164	2 BvF 1/13	Abstrakte Normenkontrolle	Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung, ob §§ 6 bis 11, 12 Abs. 1 bis 4 und 6 S. 1 des Gesetzes über verfassungskonkretisierende allgemeine Maßstäbe für die Verteilung des Umsatzeinkommens, für den Finanzausgleich unter den Ländern sowie für die Gewährung von Bundesergänzungszuweisungen (Maßstäbengesetz – MaßstG) vom 9. September 2001 (BGBl I 2001, S. 2302), zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 29. Mai 2009 (BGBl I 2009, S. 1170, 1176), sowie § 6 Abs. 2 Satz 2 2. Halbs., § 7 Abs. 1, § 8 Abs. 3, § 9 Abs. 2 und 3, § 10 sowie § 11 Abs. 2 und 4 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (Finanzausgleichsgesetz – FAG) vom 20. Dezember 2001 (BGBl I 2001 S. 3955, 3956), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 29. Juni 2012 (BGBl I 2012, S. 1424, 1426), mit Art. 107 Abs. 2 Grundgesetz in Verbindung mit dem Bundesstaatsprinzip gemäß Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz unvereinbar sind.
17/165	2 BvL 3/12	Aussetzungs- und Vorlagebeschluss	Verfassungsrechtliche Prüfung, ob die - im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 30. April 2008 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a - 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108), - im Zeitraum vom 1. Mai 2008 bis 28. Februar 2009 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a - 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108), geändert durch das Gesetz zur Änderung landesbesoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 25. Juli 2007 (GVBl LSA S. 236), - im Zeitraum vom 1. März 2009 bis 28. Februar 2010 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a – 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Art	Gegenstand
			<p>Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108), geändert durch das Gesetz zur Änderung landesbesoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 25. Juli 2007 (GVBl LSA S. 236) sowie das Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 vom 9. Dezember 2009 (GVBl LSA S. 598),</p> <p>- im Zeitraum vom 1. März 2010 bis 31. Dezember 2010 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a – 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108), geändert durch das Gesetz zur Änderung landesbesoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 25. Juli 2007 (GVBl LSA S. 236) sowie das Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 vom 9. Dezember 2009 (GVBl LSA S. 598),</p> <p>beruhende Netto-Alimentation des Klägers – bezogen auf die Besoldungsgruppe R 1 – mit Artikel 33 Abs. 5 des Grundgesetzes in seiner ab dem 1. September 2006 geltenden Fassung (BGBl I S. 2034) nicht vereinbar gewesen ist.</p> <p>- Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Verwaltungsgerichts Halle vom 28. September 2011 – 5 A 206/09 HAL –</p>
17/166	2 BvL 4/12	Aussetzungs- und Vorlagebeschluss	<p>Verfassungsrechtliche Prüfung, ob die</p> <p>- im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 30. April 2008 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a – 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108),</p> <p>- im Zeitraum vom 1. Mai 2008 bis 28. Februar 2009 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a – 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108), geändert durch das Gesetz zur Änderung landesbesoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 25. Juli 2007 (GVBl LSA S. 236),</p> <p>- im Zeitraum vom 1. März 2009 bis 28. Februar 2010 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a – 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108), geändert durch das Gesetz zur Änderung landesbesoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 25. Juli 2007 (GVBl LSA S. 236) sowie das Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 vom 9. Dezember 2009 (GVBl LSA S. 598),</p> <p>- im Zeitraum vom 1. März 2010 bis 31. Dezember 2010 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a – 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108), geändert durch das Gesetz zur Änderung landesbesoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 25. Juli 2007 (GVBl LSA S. 236) sowie das Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 vom 9. Dezember 2009 (GVBl LSA S. 598),</p> <p>beruhende Netto-Alimentation des Klägers – bezogen auf die Besol-</p>

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Art	Gegenstand
			<p>dingsgruppe R 1 – mit Artikel 33 des Grundgesetzes in seiner ab dem 1. September 2006 geltenden Fassung (BGBl I S. 2034) nicht vereinbar gewesen ist.</p> <p>- Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Verwaltungsgerichts Halle vom 28. September 2011 – 5 A 207/09 HAL –</p>
17/167	2 BvL 5/12	Aussetzungs- und Vorlagebeschluss	<p>Verfassungsrechtliche Prüfung, ob die</p> <p>- im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 30. April 2008 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a – 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108),</p> <p>- im Zeitraum vom 1. Mai 2008 bis 28. Februar 2009 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a – 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108), geändert durch das Gesetz zur Änderung landesbesoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 25. Juli 2007 (GVBl LSA S. 236),</p> <p>- im Zeitraum vom 1. März 2009 bis 28. Februar 2010 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a – 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108), geändert durch das Gesetz zur Änderung landesbesoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 25. Juli 2007 (GVBl LSA S. 236) sowie das Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 vom 9. Dezember 2009 (GVBl LSA S. 598),</p> <p>- im Zeitraum vom 1. März 2010 bis 31. Dezember 2010 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 1, 18 a – 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108), geändert durch das Gesetz zur Änderung landesbesoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 25. Juli 2007 (GVBl LSA S. 236) sowie das Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 vom 9. Dezember 2009 (GVBl LSA S. 598),</p> <p>beruhende Netto-Alimentation des Klägers – bezogen auf die Besoldungsgruppe R 1 – mit Artikel 33 des Grundgesetzes in seiner ab dem 1. September 2006 geltenden Fassung (BGBl I S. 2034) nicht vereinbar gewesen ist.</p> <p>- Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Verwaltungsgerichts Halle vom 28. September 2011 – 5 A 208/09 HAL –</p>
17/168	2 BvL 6/12	Aussetzungs- und Vorlagebeschluss	<p>Verfassungsrechtliche Prüfung, ob die</p> <p>- im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 30. April 2008 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a – 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108),</p> <p>- im Zeitraum vom 1. Mai 2008 bis 28. Februar 2009 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a – 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108),</p>

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Art	Gegenstand
			<p>setz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108), geändert durch das Gesetz zur Änderung landesbesoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 25. Juli 2007 (GVBl LSA S. 236),</p> <p>- im Zeitraum vom 1. März 2009 bis 28. Februar 2010 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a – 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108), geändert durch das Gesetz zur Änderung landesbesoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 25. Juli 2007 (GVBl LSA S. 236) sowie das Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 vom 9. Dezember 2009 (GVBl LSA S. 598),</p> <p>- im Zeitraum vom 1. März 2010 bis 31. Dezember 2010 auf §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 18 a – 18 c in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 4 des Besoldungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) vom 3. März 2005 (GVBl LSA S. 108), geändert durch das Gesetz zur Änderung landesbesoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 25. Juli 2007 (GVBl LSA S. 236) sowie das Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 vom 9. Dezember 2009 (GVBl LSA S. 598),</p> <p>beruhende Netto-Alimentation des Klägers – bezogen auf die Besoldungsgruppe R 1 – mit Artikel 33 des Grundgesetzes in seiner ab dem 1. September 2006 geltenden Fassung (BGBl I S. 2034) nicht vereinbar gewesen ist.</p> <p>- Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Verwaltungsgerichts Halle vom 28. September 2011 – 5 A 2016/09 HAL –</p>
17/169	2 BvE 4/13	Organstreitverfahren	<p>der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) gegen den Bundespräsidenten mit den Anträgen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. festzustellen, dass der Antragsgegner die Rechte der Antragstellerin aus Artikel 21 Absatz 1 Satz 1, Artikel 38 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes dadurch verletzt hat, dass er im Rahmen eines Auftritts vor Schülern des Oberstufenzentrums in Berlin-Kreuzberg am 29. August 2013 Proteste gegen die Antragstellerin in Berlin-Hellersdorf öffentlich unterstützt und Mitglieder, Aktivisten und Unterstützer der Antragstellerin als „Spinner“ bezeichnet hat, und auf diese Weise unter Verletzung seiner Pflicht zur parteipolitischen Neutralität zu Lasten der Antragstellerin in den laufenden Bundestagswahlkampf eingegriffen hat, 2. die Erstattung der notwendigen Auslagen der Antragstellerin in dem Organstreitverfahren aus der Bundeskasse anzuordnen. <p><i>Anm.: Einen Antrag der NPD auf Erlass einer einstweiligen Anordnung noch vor der Bundestagswahl am 22. September 2013 hatte das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 17. September 2013 abgelehnt. Der Widerspruch der NPD gegen diesen Beschluss wurde mit Beschluss vom 19. September 2013 als unzulässig verworfen. Die mündliche Verhandlung in dieser Sache hat das Bundesverfassungsgericht auf den 25. Februar 2014 terminiert.</i></p>
18/1	1 BvR 371/11	Verfassungsbeschwerde	<p>des Herrn M. D.</p> <p>gegen</p> <p>das Urteil des Bundessozialgerichts vom 19. Oktober 2010</p>

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Art	Gegenstand
			<p>- B 14 AS 51/09 R –</p> <p><i>betr.:</i> Der Beschwerdeführer, ein junger Erwachsener, wendet sich mit seiner Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Bundessozialgerichts vom 19. Oktober 2010 (B 14 AS 51/09 R). In der Sache rügt er die sog. „U 25-Regelung“ (Zusammenfassung von jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren mit ihren im selben Haushalt lebenden Eltern in einer Bedarfsgemeinschaft durch das SGB II-Änderungsgesetz vom 24. März 2006; vgl. § 7 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 4 i.V.m. § 9 Abs. 2 Satz 2 und § 20 Abs. 2 Satz 2 SGB II) als verfassungswidrig. Er sieht sich durch das auf der Anwendung dieser Vorschriften beruhende Urteil des Bundessozialgerichts in seinem Grundrecht auf Gewährleistung des menschenwürdigen Existenzminimums nach Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz verletzt. Zudem rügt er eine Verletzung von Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz, die zum einen darin liege, dass er anders gestellt sei als volljährige Kinder, die mindestens 26 Jahre alt sind. Zum andern werde er im Vergleich mit Leistungsempfängern nach SGB XII ohne sachlichen Grund ungleich behandelt. So bildeten nach § 19 SGB XII Kinder, die dem Haushalt ihrer Eltern angehören, mit diesen nur dann eine Einsatzgemeinschaft, wenn sie minderjährig und unverheiratet sind.</p>
18/2	2 BvR 1322/12	Verfassungsbeschwerde	<p>des Herrn T. B.</p> <p>I. unmittelbar gegen</p> <p>a) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 23. Februar 2012 - 2 C 79.10 -,</p> <p>b) das Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom 10. November 2010 – 1 K 5181/09 -,</p> <p>c) den Bescheid der Bezirksregierung Düsseldorf vom 2. Oktober 2009 – 47.02.05.10-47.7.02.4008 -,</p> <p>II. mittelbar gegen</p> <p>§§ 6, 52 Abs. 1 und § 84 Abs. 2 der Verordnung über die Laufbahnen der Beamten im Lande Nordrhein-Westfalen (Laufbahnverordnung – LVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. November 1995, zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 30. Juni 2009 (GV. NRW S. 381)</p> <p>und Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand</p> <p><i>betr.:</i> In der Sache begehrt der Beschwerdeführer – ein angestellter Lehrer in Nordrhein-Westfalen – die Übernahme in das Beamtenverhältnis. Er wendet sich dagegen, dass er aufgrund der in Nordrhein-Westfalen bestehenden Höchstaltersgrenzen bei der Einstellung von Beamten nicht in das Beamtenverhältnis auf Probe berufen wurde, sondern als Tarifbeschäftigter angestellt bleibt. Der Beschwerdeführer sieht sich in seinen Rechten aus Artikel 33 Absatz 2 (Leistungsprinzip) und Artikel 3 Absatz 1 Grundgesetz verletzt.</p>

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Art	Gegenstand
18/3	2 BvR 1996/12	Verfassungsbeschwerde	<p>des Herrn E. K.</p> <p>I. unmittelbar gegen</p> <p>a) den Beschluss des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 26. Juli 2012 – 6 A 2987/11 -,</p> <p>b) das Urteil des Verwaltungsgerichts Arnsberg vom 17. November 2011 – 2 K 2264/10 -,</p> <p>c) den Bescheid der Bezirksregierung Arnsberg vom 18. Juni 2010 - 47.5-1004/K... -,</p> <p>II. mittelbar gegen</p> <p>a) §§ 52, 6 und 84 LVO NRW in der seit 18. Juli 2009 geltenden Fassung,</p> <p>b) § 5 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 Nr. 1 des Beamtengesetzes für Nordrhein-Westfalen</p> <p><i>betr.:</i> <i>In der Sache begehrt der Beschwerdeführer – ein angestellter Lehrer in Nordrhein-Westfalen – die Übernahme in das Beamtenverhältnis. Er wendet sich dagegen, dass er aufgrund der in Nordrhein-Westfalen bestehenden Höchstaltersgrenzen bei der Einstellung von Beamten nicht in das Beamtenverhältnis auf Probe berufen wurde, sondern als Tarifbeschäftigter angestellt bleibt. Der Beschwerdeführer sieht sich in seinen Rechten aus Artikel 33 Absatz 2 und Absatz 4, Artikel 12 Absatz 1, Artikel 19 Absatz 4, Artikel 3 Absatz 1 und Absatz 3, Artikel 2 Absatz 1 Grundgesetz in Verbindung mit dem Rechtsstaatsprinzip (Artikel 20 Absatz 3 Grundgesetz) und Artikel 101 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz verletzt.</i></p>
18/4	2 BvR 1989/12	Verfassungsbeschwerde	<p>der Frau U. B.</p> <p>I. unmittelbar gegen</p> <p>a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 19. Juli 2012 – BVerwG 2 B 35.12 (2 B 26.11) -,</p> <p>b) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 26. März 2012 – BVerwG 2 B 26.11 -,</p> <p>c) den Beschluss des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 2. Dezember 2010 – 6 A 1695/10 -,</p> <p>d) das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 7. Juli 2010 - 3 K 5879/09 -,</p> <p>e) den Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 14. August 2009 - 47.5-Pe -,</p> <p>II. mittelbar gegen §§ 6 Abs. 1 Satz 1, 52 Abs. 1, 84 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 der Laufbahnverordnung (LVO NRW) in der seit dem 18. Juli 2009 geltenden Fassung</p>

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Art	Gegenstand
			<p><i>betr.:</i> <i>In der Sache begehrt die Beschwerdeführerin – eine angestellte Lehrerin in Nordrhein-Westfalen – die Übernahme in das Beamtenverhältnis. Sie wendet sich dagegen, dass sie aufgrund der in Nordrhein-Westfalen bestehenden Höchstaltersgrenzen bei der Einstellung von Beamten nicht in das Beamtenverhältnis auf Probe berufen wurde, sondern als Tarifbeschäftigter angestellt bleibt. Die Beschwerdeführerin sieht sich in ihren Rechten aus Artikel 33 Absatz 2, Artikel 3 Absatz 1, Artikel 2 Absatz 1 Grundgesetz i.V.m. Artikel 80 und Artikel 20 Absatz 1 und 3 Grundgesetz, Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz, auch i.V.m. Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 EMRK; Artikel 103 Absatz 1 und Art. 101 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz verletzt.</i></p>
18/5	1 BvF 2/13	Abstrakte Normenkontrolle	<p>Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung,</p> <p>ob das Gesetz zur Einführung eines Betreuungsgeldes (Betreuungsgeldgesetz) vom 15. Februar 2013 (BGBl I S. 254) mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland unvereinbar und daher nichtig ist.</p> <p>Antragsteller: Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Senatorin für Justiz und Gleichstellung Jana Schiedek</p>
18/6	2 BvL 2/13	Aussetzungs- und Vorlagebeschluss	<p>Verfassungsrechtliche Prüfung, ob</p> <p>a) § 23a Abs. 1 des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen (SchulG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juli 2004 (GVBl S. 298), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Regelung des Verfahrens- und Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen und zur Änderung anderer Gesetze vom 19. Mai 2010 (GVBl S. 142), insoweit mit dem Grundgesetz unvereinbar ist, als die kreisangehörigen Gemeinden keine Schulnetzpläne für die Grundschulen aufstellen können,</p> <p>b) § 23a Abs. 3 Satz 1 des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen (SchulG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juli 2004 (GVBl S. 298), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Regelung des Verfahrens- und Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen und zur Änderung anderer Gesetze vom 19. Mai 2010 (GVBl S. 142), insoweit mit dem Grundgesetz unvereinbar ist, als mit den kreisangehörigen Gemeinden bei der Aufstellung von Schulnetzplänen für die Grundschulen und die Mittelschulen nur „Benehmen“ herzustellen ist.</p> <p>- Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Verwaltungsgerichts Dresden vom 28. Februar 2013 – 5 K 337/11 –</p>

